

Veranstaltung mit Herbert Schui.....	2
Eingeschränkt verwendungsfähig.....	7
Politik begreifen. Oder wie verhindern, als Bettvorleger zu enden?.....	8
Berlin auf dem Prüfstand.....	12
Berliner Verhältnisse.....	16
Assoziationen zum WASG-Bundesparteitag.....	19

Veranstaltung mit Herbert Schui

in Hamburg-Altona vom 28.02.2006
von Franz Witsch
Hamburg, 06.03.2006

Eine Atmosphäre unbeabsichtigter Gemeinsamkeiten

Eigentlich sollte es eine kleine Veranstaltung zum Thema Berlin nur für Hamburg-Altona werden, ohne große Werbetrommelei, nur mit unserem Bundestagsabgeordneten Herbert Schui aus Niedersachsen, ohne einen zweiten Diskussionspartner auf dem Podium, der natürlich Raum beansprucht hätte, den wir im Bezirksvorstand Altona dem Plenum zusätzlich einräumen wollten. Es kam anders. Es wurde beworben, und alles wurde größer. WASG-Bundesvorstand Joachim Bischoff wurde mit der Begründung hinzugebeten, auf dem Podium eine einseitige Diskussion hinsichtlich einer möglichen Kandidatur der WASG zu den Berliner Landtagswahlen zu vermeiden. Mit dem Ergebnis, dass die Veranstaltung weniger akzentuiert und weniger kontrovers geriet. Kontroverses hätte von den unterschiedlichen Besuchern ausgehen können, denen natürlich weniger Zeit blieb, ihre kritischen Fragen zu formulieren. Und überhaupt: diskutierten da oben nicht schon zwei Personen stellvertretend für die da unten? Wozu sich da noch groß einbringen. Hinzu kam, man konnte von den beiden Diskutanten nicht erwarten, dass sie sich gegenseitig allzu weh tun wollten. Das alles wurde im Bezirksvorstand Altona diskutiert. Sodann wurde beschlossen, nur Herbert Schui einzuladen. Um der Gerechtigkeit zu genügen, kamen wir überein, eine zweite Veranstaltung zu organisieren: dann aber nur mit Joachim Bischoff. Aber es kam dann eben doch ganz anders.

Der Abend war auch so ganz nett. Obwohl Herbert Schui sich nicht gerade als großer Anhänger einer eigenständigen Kandidatur der WASG bei den Landtagswahlen in Berlin profilieren wollte, diskriminierte er die WASG Berlin beileibe nicht, schon gar nicht dämonisierte er unsere Parteifreunde aus Berlin, wie es in der veröffentlichten Meinung im Einklang mit den Bundesvorständen beider Parteien (L.PDS und WASG) sich immer deutlicher abzeichnet. Wobei man die Urabstimmung am 7.März dazu instrumentalisieren wird, die Diskussion um eine Fusion abzuwürgen, man womöglich mit einem entsprechenden Ergebnis der Urabstimmung einen disziplinierenden Knüppel schmieden wird, mit dem auf diejenigen dann prächtig eingeschlagen werden kann, wenn sie es nach der Urabstimmung immer noch wagen sollten, sich mit einer eigenständigen Kandidatur der WASG Berlin zu solidarisieren oder für eine solche auch nur Verständnis aufzubringen. Hier treten stalinistische Abfärbungen zutage unter dem Deckmantel des demokratischen Verfahrens der Urabstimmung. Dabei ist der Text der Abstimmung nicht einmal vielsagend. Ich zitiere aus dem WASG-Newsletter vom 24.02.06 wörtlich:

Ich bin dafür den Parteibildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen fortzusetzen. Am Ende dieses Prozesses soll eine neue linke gesamtdeutsche Partei stehen.

Ich fordere den Bundesvorstand auf, bis Herbst 2006 den Mitgliedern Vorschläge für ein Programm, eine Satzung und den zeitlichen und organisatorischen Ablauf der Neubildung einer linken Partei zur Diskussion vorzulegen.

O Ich unterstütze diese Forderung und spreche mich für ein Votum an den Bundesparteitag aus.

O Ich stimme mit NEIN

Wie man diesen Text interpretiert sehen will, steht eine Zeile weiter im selbigen Newsletter:

“Wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung im Parteineubildungsprozess.

Der Prozess soll **nicht länger ergebnisoffen** verlaufen.”

Nun wäre es ja fair, wenn die Beendigung der Ergebnisoffenheit in der Urabstimmungsfrage selbst unmittelbar enthalten wäre. Für sich genommen fragt der Text einfach nur, ob das einzelne Mitglied dafür ist, dass der Bundesvorstand seine Arbeit machen soll. Ja, warum sollte er nicht? Er soll den Vereinigungsprozess vorantreiben, aber seine Ergebnisoffenheit nicht klammheimlich liquidieren. Dazu müssen erst Ergebnisse vorliegen. Zumindest eine gemeinsame programmatische Grundlage muss vorliegen. Die soll erst Ende 2006 zur Diskussion vorliegen.

Kurz: die Urabstimmung ist eine einzige Unverschämtheit: Nun, genau so werden in Deutschland Debatten geführt: nach der Methode "Holzhammer". Dass Schui sich vor diesen Holzhammerkarren nicht hat spannen lassen, ehrt ihn ungemein. Auf die Frage, wie er denn reagieren würde, wenn die WASG bei den Landtagswahlen in Berlin über die 5%-Hürde kommen würde, antwortete er: "Dann lach' ich mir einen Ast ab." Wie er überhaupt durch humoristische Einlagen eine entspannte Atmosphäre beförderte, fast möchte man sagen: eine Atmosphäre unbeabsichtigter Gemeinsamkeiten zutage förderte.

Man sollte eigentlich meinen, wenigstens unter Linken gäbe es eine Debattenkultur. Aber auch dort werden Diskussionen viel zu oft entweder antagonistisch oder indifferent geführt. Man übt sich vornehmlich in der Bewegung eigener Mundwerkzeuge. Unterschiedliche Meinungen können, so scheint es, nicht ausgetragen werden, ohne dabei den anderen mit Gewalt und allerlei Tricks in eine antagonistische Ecke zu drücken. Am Ende redet man nur noch reflexartig, ja stumpf aneinander vorbei, zuweilen lautstark und ungeduldig, als wolle man sein Gegenüber am liebsten bestrafen. Gar aus der gemeinsamen WASG herausdrängen. Dass man das will, sagt so mancher immer unverhohlener. Das hat dann nicht einmal mehr etwas mit einer "harten" Auseinandersetzung zu tun. Auf der Veranstaltung, auf der, Schui sei Dank, vergleichsweise fair diskutiert wurde, hörte man denn auch wieder einmal die folgende unglaubliche Satzfolge – sinngemäß:

Sollen doch die, die eine Fusion nicht mitgehen wollen, eine eigene Partei gründen. Das sei bisher immer so gewesen in der Geschichte linker Bewegungen und Organisationen: dass man nie alle hat mitnehmen hat können.

Die nicht mit der Geschichte mitgehen wollen, müssen sich halt anderswo formieren – ohne die, die den Mantel der Geschichte um sich wehen fühlen. Die mit der Geschichte im Einklang sind, sind im wesentlichen die Bundesvorstände, nicht die Sektierer und Spalter, die nicht einsehen wollen, dass es zunächst einmal um die Fusion selbst gehen muss, bevor man auf das Kleingedruckte schaut, darauf, welche Politik die L.PDS-Berlin in der Regierungsverantwortung gerade betreibt. Ob sie nun Sozialabbau betreibt oder nicht, darauf darf es zunächst nicht ankommen. Ein entsprechendes programmatisches Eckpunktepapier wurde kongenial zu diesem neoliberalen

Sachverhalt herausgegeben als Grundlage für ein zukünftiges Programm, das später wahrscheinlich nicht weniger unverbindlich aussehen wird. Das Eckpunktepapier zumindest ist schon in seiner formalen Struktur nicht geeignet, einer Regierungsbeteiligung auf die Finger zu schauen.

Will man am Ende auch einfach nur Friedhofsruhe? Bisweilen verbunden mit lautstarken Parolen, was alles so schlimm ist in unserer Gesellschaft, wie um das Bedürfnis nach Friedhofsruhe zu verschleiern? Mit lautstarken Parolen, die die gesellschaftliche Misere nur gebetsmühlenhaft eins-zu-eins abbilden, fühlt man sich auf der sicheren Seite. Sie sind mithin der Beweis, dass man links ist. Wir kennen das aus der SPD. Wir brauchen aber im Programmtext wenigstens einen Abschnitt, der vorerst noch nicht einmal theoretisch unterfüttert sein muss, in dem inhaltliche Positionierungen stehen, die im Falle von Koalitionsverhandlungen auf keinen Fall zur Disposition stehen. Die können dort ganz unaufgeregt stehen, ohne lautes Gedröhne. Alles andere ist geduldig, vor allem Worte. Brandreden sind es allemal und nicht zuletzt: der Mantel der Geschichte, er nützt keinem so recht was.

Vielleicht geht es ja um mehr: um prinzipielle Differenzen nicht zwischen verschiedenen Parteien, sondern zwischen zwei Wegen, wobei die eine Partei: die L.PDS für einen indifferent theorielosen Weg steht, der dazu führen könnte, das Projekt einer Neuen Linken zu erledigen, noch bevor es so richtig angelaufen ist, wobei nicht klar ist, für welchen anderen Weg jenseits der traditionellen Sozialstaatsidee die WASG insgesamt steht, von welcher Theorie sie sich also angekränkelt fühlt. Für welchen Weg Herbert Schui steht, wurde von ihm leider nicht so klar akzentuiert wie man es in seinem NZZ-Artikel vom 21.12.05 nachlesen konnte, den wir zum Anlass genommen hatten, ihn nach Hamburg-Altona einzuladen. In diesem Artikel gibt es eine zentrale Stelle, in der Schui unmissverständlich Position bezieht, wo er das linke Projekt unter bestimmten Bedingungen sogar für erledigt hält, wobei er den Schwarzen Peter bei Gott nicht auf der Seite der WASG Berlin angesiedelt sieht. In dem Artikel heißt es:

"Damit haben wir es mit recht unterschiedlichen Kräften zu tun, die eine neue Linke bilden wollen. Am wenigsten vereinbar ist die traditionelle Sozialstaats-Idee der WASG mit all den theoretisch unklaren Strömungen in der Linkspartei PDS, die den Keynesianismus für überholt erklären, im Grossen und Ganzen eine umfassende Wirtschaftstheorie aber nicht akzeptieren wollen und dafür lieber eine Unzahl von unverbundenen Einzelprojekten favorisieren, von denen sie sich eine Verbesserung der Wirtschaftslage in Ostdeutschland erwarten. Da fehlt der große Wurf. Eine solche Strömung kann sich rasch eingliedern in die Vorstellungswelt der übrigen Parteien. Sollte sie die Oberhand gewinnen, ist das linke Projekt erledigt."

Dass er hier die L.PDS als eine potentiell neoliberale Kraft bezeichnet wird, ist in der Veranstaltung gar nicht angesprochen worden. Vielleicht besser so. Man hätte Schui in Verlegenheit gebracht, und er hätte sich da irgendwie, womöglich fadenscheinig rauswinden müssen. Doch kann man die Situation der Linken besser nicht auf den Punkt bringen. Es fehlt der große Wurf, eine umfassende Theorie, in der Lage, die Probleme unsere Gesellschaft insgesamt ins Auge zu nehmen, ohne eine solche Theorie man sich im Klein-Klein einer Unzahl unverbundener Einzelprojekte verlieren würde, um sich am Ende "in die Vorstellungswelt der übrigen Parteien" einzugliedern, und das heißt: uneingestanden neoliberale Politik treiben würde.

Man kann der neoliberalen Politik nur umfassend begegnen, nicht im Kontext einzelner Projekte, die im Status quo bestehender Verhältnisse auf ihre Kosten kommen müssen, im Rahmen dessen, was machbar, nach der Decke sich strecken müssen, so gut es eben geht. Da ist sich am Ende jeder selbst der nächste und froh, wenn er im Status quo neoliberaler Verhältnisse einigermaßen überlebt. Zum Beispiel, wenn gutmeinende, ja sinnvolle Sozialprojekte Ein-Euro-Jobs anbieten müssen, um über die Runden zu kommen. Andere laufen den Ein-Euro-Jobs in ihrer Verzweiflung hinterher. Wiederum andere versuchen, auf der politischen Bühne für Hartz IV-Opfer ein paar Euro mehr herauszuschlagen. Na und? Und was dann? Morgen wird der zusätzliche Euro wieder einkassiert. Nicht einmal durch Streichungen bei den Ärmern, obwohl auch das permanent passiert, sondern durch Inflation, Erhöhung der MWSt etc. Kurz: alles nicht hinreichend, solange die einzelnen Projekte nicht durch eine Wirtschaftspolitik flankiert werden, die die ganze Gesellschaft und ihr institutionelles Gefüge im Auge hat.

Das, so denke ich, wollte Herbert Schui in seinem NZZ-Artikel zum Ausdruck bringen. Und er wollte mit seinen Ausführungen beileibe nicht nur die L.PDS kritisieren. Die haben vielleicht nur Pech, dass sie in Regierungsverantwortung schon Farbe bekennen mussten, während die WASG noch keine Chance hatte, sich in Regierungsverantwortung zu blamieren, dort noch keine Politik des Sozialabbaus betreiben konnte um des guten Koalitionsfriedens willen, von dem ja auch der eine und andere Job, vielleicht der eigene Ministerposten abhängt. Die an der Basis, die – abseits der veröffentlichten Meinung – oft genug im Regen stehen, wissen, wovon die Rede ist: Die meisten Bundesvorstände, Parlamentarier und Regierungsverantwortlichen sind an den Problemen nicht mehr nah genug dran, bzw. lassen die Probleme nicht mehr nah genug an sich herankommen, weil das belastet und unnötig stresst. Natürlich gibt es an der Basis auch viele Kliqueure einer schnellen und demzufolge politisch indifferenten Fusion, solche, denen immer ganz warm ums Herz wird, wenn sie die Nähe des Kaisers verspüren. Nicht dass sie auch mal gern jemanden bewundern, ist das Problem. Wer tut das nicht? Vielmehr unbedingt jemanden bewundern zu müssen – andernfalls Entzugerscheinungen drohen –, macht es schwer, auch nur einen eigenen Gedanken zu entwickeln, der nicht durch irgendeine Autorität höheren Orts abgesichert ist.

Natürlich, auch ich mag den Herbert Schui. Ja, verdammt, vielleicht bewundere ich ihn auch. Und ich vertraue ihm. Auch wenn er Keynesianer ist. Was soll mich das bekümmern. Ich selbst bin mir nicht sicher, ob die Theorie des Keynesianismus viel hergibt für die Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Probleme. Zumindest ist sie mehr wert als jeder neoliberale Ansatz. Da bin ich mir sicher. Und dann sage ich mir: Besser man hat eine gesamtwirtschaftliche Theorie, und ist damit kritisierbar, als dass man überhaupt keine hat. Die L.PDS hat bisher nicht gezeigt, dass sie an einem großen Wurf interessiert ist, der weiß Gott nicht in der Praxis des real existierenden Sozialismus der ehemaligen DDR gründen kann. Im Gegenteil: dort, wo die L.PDS in Regierungsverantwortung mitspielt, zeigt sie, dass sie eine umfassende Theorie nicht will. Das programmatische Eckpunktepapier bestätigt es einmal mehr.

Man darf auf das endgültige Programm, das aus diesem Eckpunktepapier hervorgehen wird, gespannt sein. Fest steht, es wird nicht reichen, immer wieder zu betonen, kapitalistische Verhältnisse demokratisch-sozialistisch überwinden zu wollen oder gegen Pluralismus zu sein, weil man den

Kapitalismus überwinden will. Das wäre ein allzu folkloristischer Begriff von Politischer Ökonomie. Auch sollte man das Wort Pluralismus nicht undifferenziert ins Spiel bringen, weil es gut kleidet. Es reicht nicht, einfach nur Bürgerrechtspartei zu sein. Wir brauchen eine Theorie mit klar gesellschaftsanalytischer Unterfütterung. So hat es uns Karl Marx vorgemacht. Die Analyse, die vor allem eine ökonomische sein muss, steht vornan. Sie darf aber nicht nur ökonomisch sein, darauf Marx zu einseitig den Akzent legte. Denn merke: das eigene Verhalten, z.B. das in Debatten, fällt nicht weit vom Stamm. So wie Kriege immer auch etwas mit der Mentalität der Bevölkerung zu tun haben.

Eingeschränkt verwendungsfähig

von Franz Witsch, Hamburg, 10.01.2006

Man mag humanistische und/oder sozialistische Ziele verfolgen, so viel man will. Nur ist immer die Frage, ob die Mittel zur Verfolgung dieser Ziele zureichend, bzw. ob sie denn nicht sogar kontraproduktiv gegen die Ziele selbst gerichtet sind. Dazu gibt es sowohl einen human-moralischen als auch ökonomietheoretischen Aspekt.

Zur humanistischen Seite nur ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel: Die DDR hat sich nie ausdrücklich dem humanen Ziel verschrieben, uneingeschränkt gegen die Todesstrafe zu streiten, zumal die Todesstrafe im DDR-Recht lange Zeit vorgesehen war. Eine sozialistische Gesellschaft muss es für sich selbst als unwürdig erachten, die Todesstrafe im Bereich des Rechtsmöglichen zu halten; von der Praxis, wegen politischer Meinungsäußerungen verfolgt werden zu können, gar nicht zu reden.

Der ökonomietheoretische Aspekt ist gewichtiger: Strategischer Teil der DDR-Wirtschaftspolitik wurde zunehmend die Verfügung über genügend Devisen zur Befriedigung innergesellschaftlicher, nicht zuletzt auch privilegierter Bedürfnisse. Das ging am Ende so weit, dass die Wirtschaft nach Devisen lechzte wie der Junkie nach dem nächsten Schuss. Wir bekamen es mit einer DDR-Wirtschaft zu tun, in der die Prinzipien der Kapitalverwertung mehr und mehr sich durchsetzten, ausgerechnet in einer Phase relativer Prosperität, so dass am Ende im Interesse von Devisen, die es kapitalverwertend zu erwirtschaften galt, alles erlaubt schien, um die DDR vor der Insolvenz gegenüber ausländischen Gläubigerländern zu bewahren. Sogar der Verkauf politischer Dissidenten nach Westen. Natürlich, die Prinzipien der Kapitalverwertung waren im DDR-Recht nicht konsequent verankert; um so schlimmer, dass sie uneingestanden galten, sozusagen verlogen, um eine ganze Gesellschaft von Grund auf zu ruinieren. Das institutionelle Gefüge richtete sich entsprechend aus, formulierte sozusagen eine Gesellschaftspolitik nach immer dünnerer Kassenlage.

Kurz: die DDR-Gesellschaft als eine sozialistische Gesellschaft zu bezeichnen, ist allein unter ökonomietheoretischen Aspekten höchst fragwürdig, wenn nicht schlichtweg unzulässig. Dass die DDR auch ökonomisch gesehen sozialistisch war, steht aber für die DKP und für übergroße Teile der Linkspartei leider Gottes immer noch außer Frage – nicht nur für die kommunistische Plattform. Das Problem dieser Pseudolinken ist es (sie finden sich auch in der WASG), dass sie von Marx und Ökonomie keine Ahnung haben, dass der Sozialismusbegriff für sie kein ökonomieanalytischer, vielmehr eher so eine Art folkloristischer Begriff ist. Das macht sie zumindest anstrengend, wenn nicht gar diskursunfähig. Um nicht zu sagen: ihr arbeitsaufwendiger und moralinsaurer Aktionismus ("nicht so viel diskutieren, sondern Arsch hochkriegen und was machen, Bismarckbad, blabla, stöhn") macht sie für die politische Arbeit nur sehr eingeschränkt verwendungsfähig.

Politik begreifen. Oder wie verhindern, als Bettvorleger zu enden?

von Franz Witsch, Bezirksvorstand WASG Hamburg-Altona
Hamburg, 27.12.2005

Als sich der WASG-Bundesvorstand im WASG-Newsletter vom 16.12.2005 gegen eine missbräuchliche Inanspruchnahme der Doppelmitgliedschaft aussprach und damit das Annsinnen der Linkspartei Berlin meinte, durch Masseneintritte in die WASG Berlin auf Beschlusslagen von WASG-Landesversammlungen Einfluss zu nehmen, um einen Wahlantritt der WASG Berlin am 17.Sept.06 in Konkurrenz zur Linkspartei Berlin zu verhindern, da mochte man denken: Gott sei Dank, der Bundesvorstand kehrt im Hinblick auf die Berliner Problematik zu einer mäßigen und entdramatisierenden Argumentation zurück, nicht zuletzt, um Fusionsgespräche gerade in Berlin in ein konstruktiveres Fahrwasser zu führen.

Die Ernüchterung folgte auf dem Fuße im jüngsten WASG-Newsletter vom 23.12.05. Dort traf es denn weniger die Linkspartei aus Berlin als vielmehr sogenannte Fundamentalkritiker eines Zusammengehens von WASG und Linkspartei. Angesagt schien wieder reinste Polemik, gepaart mit Unterstellungen und vermuteten Motivationslagen bei den Kritikern, frei nach dem Prinzip: den innerparteilichen Diskussionspartner mit Gewalt missverstehen. Allein Bezeichnungen wie "Fundamentalkritiker", "Prinzipienreiter" oder "Fundamentalopposition" sind dazu angetan, Argumente des Gesprächspartners von vornherein mit dem Makel von "Sturheit" oder "Unzugänglichkeit" zu versehen, um sich selbst auf wohlfeile Weise pseudo-objektiv ins Recht zu setzen, ohne wirklich argumentieren zu müssen. Dabei unterstelle ich dem WASG-Bundesvorstand nicht, dass er nicht argumentieren will, zumal ich nicht all seine Mitglieder über einen Kamm scheren will. Nein, sie wollen argumentieren. Die Frage ist nur, ob sie es zureichend tun, bzw. ob der Wille zur Argumentation als konstruktiv überkommt.

Angeblich wollten sogenannte Fundamentalkritiker den Fusionsprozess in die Länge ziehen, weil sie ihn nicht wollen. Das stimmt schon mal nicht. Es mag Kritiker geben, die insgeheim keine Fusion wollen. Das sind aber, solange sie das nicht offen aussprechen, nur Vermutungen im Hinblick auf innere Motive, die eine Argumentation nicht fundieren können. Die meisten Kritiker möchten nur eine politisch-inhaltlich unterfütterte Fusion beider Parteien; sie muss von tragfähiger Substanz sein. Schon gar nicht kann das Interesse einer politisch tragfähigen Fusion in Verbindung gebracht werden mit dem Ziel eines grundsätzlichen Abbruchs von Fusionsgesprächen.

Wie gesagt, es mag Sektierer geben, die Konflikte zwischen beiden Parteien mit klammheimlicher Freude begleiten, man mag sie Prinzipienreiter nennen, die einen grundsätzlichen Abbruch wollen. Der Bundesvorstand machte es sich aber zu leicht, seine Kritiker in eine derartige Ecke zu stellen. Es muss in politischen Auseinandersetzungen um den Austausch von Argumenten gehen und nicht um den Austausch von Unterstellungen und Klischees. Auch möchte ich den Hinweis als nicht konstruktiv zurückweisen, die Befürworter einer politisch unterfütterten Fusion seien nützliche Idioten. Sie ließen sich von Fundamentalisten und Prinzipienreiter missbrauchen. Auch solche Hinweise sollten keinen Platz einnehmen in politischen Diskussionen, denn sie polarisieren, ohne Diskussionen inhaltlich voranzubringen.

Im jüngsten WASG-Newsletter vom 23.12.05 kommt der WASG-Bundesvorstand in seinen Erklärungen über Organisationstechnisches nicht hinaus, auch wenn er – natürlich – davon spricht, dass "inhaltliche Bedingungen einen zentralen Stellenwert einnehmen müssen im Prozess der Neuformierung". Wesentlich ist aber folgendes: nur gegen neoliberalen Sozialabbau zu sein, verbleibt solange im Reich inhaltlicher Alibiargumente, reiner Absichtserklärungen, die über den Status bloßer Verheißung nicht hinauskommen, und zwar dann, wenn eine derartig fundierte Politik – man mag sie immerzu inhaltlich nennen – an keiner Stelle eingefordert wird, weil man aus fusionstaktischen Gründen angeblich keinen Druck ausüben will, z.B. auf die Berliner Landesregierung. Angsthasig will man die Fusion von WASG und Linkspartei erst in trockenen Tüchern wissen.

Eine derartige Strategie reduziert Inhaltliches zu bloßen Lippenbekenntnissen ohne politische Relevanz. Alibi-Erklärungen, die Inhaltliches suggerieren, produzieren Orientierungslosigkeit. Sie vermitteln den Eindruck, dass das Organisatorische nicht einfach nur Mittel zum Zweck ist zur Durchsetzung politischer Inhalte. Nein, man bekommt notwendig den Eindruck, dass das Organisatorische zum Selbstzweck gerinnt, dass es sich verselbständigt, verbürokratisiert, beratungsresistent wie eine aparte Person agiert. Als besitze Organisatorisches einen eigenen Willen, um Inhaltliches wie von Zauberhand aus sich selbst heraus zu produzieren, wenn – ja, wenn zuvor nur endlich organisatorisch zusammenwachsen würde, was zusammengehört. Bis dahin stört Druck, vor allem, wenn er von unten kommt, von Leuten, denen aus der Froschperspektive der Überblick fehlt.

Wie gesagt, man scheint den Konflikt "unter Gleichen" zu scheuen. Man will den Druck nicht, der sich aus Konflikten ergibt. Es sei denn, er richtet sich gegen die unteren Ränge innerhalb der eigenen Partei. Dann dürfen es auch schon mal Unterstellungen sein. Doch nicht etwa frei nach dem Prinzip: nach unten treten und nach oben buckeln? Noch will ich das nicht glauben. Denn auch das wären wohlfeile Unterstellungen. Aber will man nur die Fusion um der Fusion Willen? Egal wie? Wie sonst ist zu verstehen, warum die Fusion von WASG und Linkspartei in einer bestimmten Zeit durchgeboxt werden muss – kurz und schmerzlos – andernfalls die Linke angeblich wieder einmal "vor der Geschichte versagen würde". Große Worte, die mehr verschleiern als aufdecken.

Allein die Verlautbarung eines bestimmten Termins, die den Abschluss der Fusion markieren soll, ist fragwürdig. Denn woher will man wissen, wann beide Parteien sich auf Inhaltliches verständigt haben werden? Inhaltliche Auseinandersetzungen haben ja noch nicht einmal wirklich begonnen, außer dass man unentwegt betont, wie ähnlich die Programmatiken von Linkspartei und WASG seien. Nun, hoffentlich guckt da keiner so genau rein in die Parteiprogramme. Oder hat man sich schon verständigt und keiner hat so recht was gemerkt?

Tatsache ist, die Regierungsbeteiligung zeigt eindeutig: wesentliche Teile der Linkspartei – die, die regieren wollen oder schon regieren – wollen sich nicht am Inhaltlichen messen lassen. Die Ehrlichen sagen: noch nicht, aber später, wenn wir alle zusammen sind. Warum aber sollte sich das nach der Fusion ändern? Will man nach der Fusion vielleicht nicht mehr regieren? Vor allem den Linkspartei-Regierungsmitgliedern zufolge scheint sich Inhaltliches aus dem zu ergeben, was man im Zuge von Koalitionsverhandlungen und des Regierens an politischen Möglichkeiten diagnostiziert, so im Vorbeigehen, nach Gutsherrenart. Nun denn, dann brauchen wir auch keine Partei mehr,

wenn sie so etwas wie Koalitionsraison, bzw. das Regierungsunvermeidliche nur noch absegnen darf und sich ansonsten mit Zukunftsverheißungen, die politisch Inhaltliches nur suggerieren, zufrieden geben muss. Mit so was machen wir uns in Wahlkämpfen nur lächerlich.

Kurze Frage, langer Sinn: muss Organisatorisches sich nicht an politischen Inhalten messen lassen, und muss Inhaltliches nicht wiederum als Kriterium entwickelt werden für Regierungsbeteiligung und Parlamentarisierung? Ich meine, ja. Unbedingt. Tatsache ist, dass wir Regierungsbeteiligungen der Linkspartei haben, unter anderem in Berlin, und diese müssen im Vorfeld einer Fusion auf dem Prüfstand stehen dürfen. Es gibt gar keinen Grund, warum das nicht geschehen darf, und zwar jetzt. Es sei denn, ein paar Parteigenossen haben Angst um Arbeitsplätze und Pfründe im Kontext von Regierungsbeteiligungen und der Parlamentarisierung sozialen Protestes.

Und damit komme ich zu einem Punkt, der die Gemüter höher schlagen lassen könnte: Wir leben heute mehr denn je in einer Zeit, wo Regierungsbeteiligungen ohne hinreichende inhaltliche Kriterien definitiv für immer mehr Menschen immer weniger bringen, außer natürlich für diejenigen, die an Regierungsbeteiligungen und der Parlamentarisierung des sozialen Protestes partizipieren, weil sie dadurch einen Arbeitsplatz besitzen, in Aussicht haben könnten oder verlieren würden, wenn Parlamentarisierung und vor allem Regierungsbeteiligungen wieder verloren gehen würden. Das hat einen einfachen Grund. Heute kommen den Regierungen immer spärlichere Wachstumsraten zu Hilfe zur Unterstützung einer Politik für eine Ökonomie der sozialen Verträglichkeit. Und Wachstum brauchen wir im derzeit noch geltenden institutionellen Gefüge unserer Gesellschaft. Mangelndes Wachstum darf aber nicht dazu führen, Sozialabbau hinzunehmen, weil das derzeit herrschende institutionelle Gefüge so ist wie es ist. Geschieht das, und gewöhnen wir uns daran, fühlen sich Regierungen nicht mehr genötigt, den Geltungsanspruch des derzeit herrschenden institutionellen Gefüges zu hinterfragen, geschweige denn, im Hinblick darauf konfliktträchtig eine veränderte Gesellschaft anzumahnen.

Natürlich, auch im Rahmen des derzeit herrschenden institutionellen Gefüges unserer Gesellschaft ist es bitter, keine Arbeit zu haben. Soziale Not auch für Politprofis ist bitter. Die WASG hat sich gegründet, um soziale Not zu verhindern, aber für alle in unserer Gesellschaft und nicht allein für ein paar Regierungs- und Parlamentsaktivisten, oder solche, die es werden wollen, und die uns deshalb ein X für ein U vormachen wollen – aus durchsichtigen privaten Interessen, weil sie uneingestanden Arbeit innerhalb der Politik suchen oder schon haben und behalten wollen. Leute, das sind keine Unterstellungen. Es ist sogar allgemeiner Konsens in unserer Gesellschaft, dass es bitter ist, keine Arbeit zu haben. Warum solche privaten Interessen verhehlen? Sind wir Linke denn nicht auch ganz normale Menschen? Warum verhehlen, dass es sogar unter linken Politaktivisten private Interessen gibt? Auch Linken sollte es um Wahrheiten, um soziale Wahrheiten zu tun sein.

Es ist doch klar, dass Regierungsbeteiligungen, bzw. schon der Einzug in Parlamente notwendig private Interessen bewirtschaftet. Das ist ganz und gar unvermeidlich wie auch hochgradig problematisch. Denn es entstehen Einkommen und es können Einkommen verloren gehen, wenn Regierungsbeteiligungen aufgekündigt werden. Natürlich bitter für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit in der Politik bestreiten.

Arbeitsplätze und Einkommen dürfen aber kein "heimliches oder uneingeständenes" Kriterium sein, um in einer Regierung oder in Parlamente verbleiben zu wollen. Wer diesen problematischen Zusammenhang ausblendet, wer ausblendet, dass es in der Politik private Interessen gibt, die mit den politischen Interessen undurchsichtig vermennt werden können und zu oft schon vermennt worden sind, handelt hochgradig verantwortungslos, um nicht zu sagen: entweder dumm oder verlogen.

Wir müssen das Problem, dass private Interessen politische Interessen dominieren oder zuschütten können, diskutieren, bzw. ein für alle mal als gefährlichen sozialen Sachverhalt zunächst akzeptieren, um ihn dann erst analysieren zu können. Und wir werden zu dem Ergebnis kommen müssen, dass politische Interessen über den privaten Interesse zu stehen haben, so bitter dies für einzelne Schicksale auch sein mag. Denn es geht um eine Ökonomie der sozialen Verträglichkeit für alle Menschen in unserer Gesellschaft.

Die WASG hat in ihrem Wahlmanifest – ähnlich wie die Grünen vor über 25 Jahren – die Gefahr einer Vermischung von privaten und politischen Interessen programmatisch abzufangen gesucht, denn im Wahlmanifest steht – man kann es nicht oft genug wiederholen:

**"Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen
oder sie tolerieren,
die Sozialabbau betreibt."**

Mit diesem Grundsatz hat die WASG in ihrer Gründungsphase zu einem Sprung angesetzt, der – wie die Grünen vor über 25 Jahren – zu den schönsten Hoffnungen Anlass gibt. Nun müssen wir alle verhindern, dass die Linke einmal mehr als Löwe springt, um als Bettvorleger zu enden – wie die Grünen heute. Und, Leute, das hat mit Prinzipienreiterei und Fundamentalopposition nichts, aber auch rein gar nichts zu tun. Wer das nicht begreift, hat Politik noch nicht wirklich begriffen.

Berlin auf dem Prüfstand.

Die Öffentlichkeit gegen Sozialabbau mobilisieren durch Leisetreterei?
von Franz Witsch, Bezirksvorstand WASG Hamburg-Altona
Hamburg, 19.12.2005

Es gibt gute Gründe für die WASG Berlin, in Berlin zur Landtagswahl im September 2006 anzutreten, auch in Konkurrenz zur Linkspartei Berlin. Denn die Berliner Landespolitik, von der Linkspartei Berlin als Regierungspartei mit zu verantworten, verstößt gravierend gegen die programmatischen Aussagen der WASG, die auf Parteitage beschlossen worden sind. Im Grundsatzprogramm der WASG heißt es:

"Wir sind die Opposition gegen die herrschende, neoliberal bestimmte Politik. An einer Regierung in Land oder Bund werden wir uns nur dann beteiligen, wenn dies zu einem grundlegenden Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt."

Und im Wahlmanifest der WASG steht ergänzend im Hinblick auf Regierungsbeteiligungen: "Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die Sozialabbau betreibt." Dagegen steht die bisherige Landespolitik in Berlin, die, um es mal drastisch zu sagen, zum Himmel stinkt:

- Berlin trat als erstes Bundesland aus dem kommunalen Arbeitgeberverband aus und konnte von den Gewerkschaften einen Anwendungstarifvertrag mit deutlichen Einkommensminderungen abpressen bzw. für die Beamten das Weihnachts- und Urlaubsgeldes kürzen.
- Im öffentlichen Sektor wurden im großen Umfang 1-Euro-Jobs eingeführt, die nach Feststellung des Hauptpersonalrats reguläre öffentliche Stellen ersetzen.
- Seit 2002 wurden 15.000 Stellen im Landesdienst abgebaut; weitere 18.000 sollen bis 2012 abgebaut werden.
- Die Daseinsvorsorge wird reduziert und privatisiert – so mit der Novellierung der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe, bei der den privaten Investoren RWE und Veolia hohe Renditen garantiert wurden, was in deutlich ansteigenden Wassergebühren mündet.
- Der SPD-PDS-Senat verkaufte 65.000 Wohnungen an die US-Heuschreckengesellschaft Cerberus.
- Massiven Kürzungen bei den Hilfen zur Erziehung (Hilfen für Kinder von Alkoholikern, psychisch Kranken, MigrantInnen, Gewalttätigen und Armen).
- Kürzungen bei Kindertagsstätten, Erhöhung der Gebühren
- Kürzungen im Gesundheitswesen, Erpressung der Krankenhaus-Beschäftigten, die zu massiven Lohnsenkungen gezwungen werden sollen.
- Bei der öffentlichen Verkehrsgesellschaft BVG und der Berliner S-Bahn betreibt, bzw. unterstützt die Berliner Landesregierung eine Politik der Privatisierung, des Outsourcings, der Lohndrückerei bei den Beschäftigten und der Preistreiberi bei den Tarifen.
- Abschaffung der Lernmittelfreiheit an den Berliner Schulen.
- Die Risikoabschirmung der Landesregierung im Bankenskandal durch eine Landesbürgschaft, die Berlins Bevölkerung zwischen 6 und 8 Mrd. € kosten wird, stellt eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben dar. Nach der Risikoübernahme für die Bankgesellschaft wurde

beschlossen, die Bankgesellschaft und damit auch die Berliner Sparkasse zu verkaufen. Berlin wird als erstes Bundesland sparkassenfreie Zone.

- Im Bundesrat stimmte Berlin der Steuerreform-2000 und dem EU-Verfassungsentwurf zu. Der Koalitionsvertrag sieht im Fall von Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und LP Enthaltung im Bundesrat vor.

Damit nicht genug. Linkspartei-Wirtschaftsminister Harald Wolf, vielleicht unser zukünftiger Parteifreund, setzt noch einen drauf: "Die Berufung auf Notwendigkeiten hat immer ein Moment der Selbstentmündigung. Sie ist defensiv. Wir haben zu oft auf mildernde Umstände plädiert, statt uns zum Vorsatz zu bekennen. Deutlich zu machen, dass wir in der Tat wollen, was wir tun, sollte die methodische Richtschnur für die PDS-Regierungspolitik der kommenden Jahre werden."

Eine unerträgliche Provokation, zu der sich die Berliner WASG bekennen müsste, wenn sie den Berliner Wahlkampf zusammen mit der Linkspartei bestritte. Dennoch gibt es keinen Grund, die Berliner Verhältnisse über Gebühr zu dramatisieren. Die Situation ist einfach nur die, dass die WASG den Berliner Wahlkampf unmöglich zusammen mit der Linkspartei bestreiten kann, weil ein Wahlkampf, der de facto zum Sozialabbau aufruft, gegenüber dem Bürger nicht vermittelbar ist. Oder die WASG machte sich lächerlich.

Der WASG-Bundesvorstand und eine Mehrheit im WASG-Landesvorstand-HH erwarten offensichtlich, dass die Berliner Parteifreunde sich lächerlich machen, dass sie sich als Partei auf den Status eines Kaninchenzüchtervereins reduzieren, weil organisatorische Fragen – in diesem Falle: Fragen der Einheit beider Parteien – angeblich primär gegenüber inhaltlichen Fragen sind. Organisatorische Fragen können aber nicht um jeden Preis primär sein, denn eine Einheit der Linken ohne klare inhaltliche Positionen, an denen jede Regierungsbeteiligung sich signifikant messen lassen muss, würde sich ad absurdum führen. Das sollten sich unsere Politprofis mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung als Politaktivisten einmal in ihr Stammbuch schreiben lassen. Es ist eine Schande, dass man sich mit erfahrenen Aktivisten über so was Grundlegendes immer noch den Mund fusselig reden muss. Wir haben wahrlich anderes zu tun, als das grundlegende politische Einmaleins immer wieder durchzubuchstabieren.

Es gibt keinen Grund, unsere Berliner WASG-Parteifreunde ins Abseits zu stellen. Sie wehren sich einfach nur gegen eine Berliner Landesregierung, deren unsoziale Politik zum Himmel stinkt und durch nichts zu rechtfertigen ist. Es geht gar nicht darum, mit allem einverstanden zu sein, was WASG-Freunde aus Berlin sagen und machen. Vielleicht gibt es unter ihnen tatsächlich den einen oder anderen Sektierer, der sich über Konflikte freut, weil er die Einheit beider Parteien grundsätzlich nicht will. Trotzdem verdienen die Berliner unsere Solidarität, und das umso mehr angesichts der Drohung der Linkspartei, durch Masseneintritte in die WASG Berlin Beschlüsse auf einem Berliner Landesparteitag herbeizuführen, um zu verhindern, dass die WASG Berlin sich in Berlin zur Wahl stellt. Das kann keine Art der Auseinandersetzung sein, unter keinen Umständen. Sollte die Berliner Linkspartei diese Drohung wahr machen, gäbe es keine Gesprächsgrundlage für eine zu wünschende Fusion beider Parteien mehr. Mit solchen Drohungen outen sich Mitglieder der Linkspartei ganz offen als Sektierer, solche, die den Diskurs um politische Inhalte nicht wollen. Diesen

Sachverhalt scheinen sich zu viele in führenden Positionen beider Parteien gar nicht klar zu machen.

Dabei wären klare Worte von Seiten des Bundesvorstands der WASG sowie aller Landesvorstände angebracht. Das gleiche gilt für führende Vertreter beider Parteien in der Bundestagsfraktion, für Oskar und Gregor, vielleicht sogar für unseren parteilosen Abgeordneten Norman Peach aus Hamburg. Wozu haben wir denn so bekannte Figuren in der Öffentlichkeit. Doch ausgerechnet unsere beiden Fraktionsvorsitzenden agieren bisher allzu behäbig-eloquent, fast möchte man sagen: lautlos. Geht es ihnen derzeit zu gut? Oder zu schlecht?

Klarere Worte vernimmt man bisher nur vereinzelt aus den unteren Rängen. Auch unser Bundesvorstand lässt klare Worte vermissen. Und warum? Gibt es in den oberen Rängen so gar kein Interesse an einer Fusion mit politischem Profil? Der Bundesvorstand sagt, dass er so eine Fusion will. Aber ist ihm eigentlich klar, dass er diese mit einer von ihm vertretenen Strategie der Leisetreteri eher gefährdet? Solche Fragen drängen sich auf und sind keineswegs deshalb aus der Welt, weil der WASG-Bundesvorstand und der WASG-LV-Hamburg scharfe Kritik üben an der Politik der Berliner Linkspartei und ihrer Beteiligung in der Berliner Landesregierung. Worte allein bewirken gar nichts. Im Gegenteil. Eine solche Kritik verpufft, wenn sie keine praktischen Konsequenzen zur Folge haben darf, wie sie z.B. die Berliner WASG einfordert durch einen eigenständigen Wahlkampf. Hier täte sich eine Gelegenheit auf, mit klaren politischen Positionen als Kriterium für eine Regierungsbeteiligung das politische Profil eines zu wünschenden Zusammenschlusses zu schärfen, nicht zuletzt im Interesse unserer Freunde aus der Linkspartei.

Die Gelegenheit, sich durch die Berliner Verhältnisse ein politisches Profil auch für eine zukünftige vereinigte Linke zu erarbeiten, wird bisher ohne Not vertan. Derart, durch Leisetreteri, gefährdet man die Vereinigung beider Parteien. Ich halte das für verantwortungslos.

Hinzu kommt: nimmt man die folgende Erklärung des WASG-Bundesvorstandes vom 28.11.2005 zum Landesparteitag der WASG-Berlin ernst, dann gibt es selbst aus der Perspektive des Bundesvorstandes der WASG keinen Anlass für eine Dramatisierung der Berliner Verhältnisse. In seiner Erklärung heißt es wörtlich:

**"Trotz aller Problematik des Vorgehens
des Berliner Landesverbandes, sieht der
Bundesvorstand den Parteibildungsprozess nicht gefährdet."**

Weiß der Bundesvorstand eigentlich, was er da gesagt hat? Kann man davon ausgehen, dass der Bundesvorstand ernst nimmt, was er sagt? Nimmt man diese Worte ernst, und ich nehme sie ernst, dann gibt es für eine Dämonisierung der Berliner Verhältnisse gerade vonseiten des Bundesvorstandes keinen Anlass. Im Gegenteil. Der Wahlantritt der WASG in Berlin gefährdet in keiner Weise die weiteren Fusionsgespräche auf Bundes- und Länderebene. Er trägt vielmehr dazu bei, inhaltliche Konfliktpositionierungen klarer herauszustellen. Und die Berliner WASG erzeugt für solche profilschärfenden Gespräche erst den notwendigen Druck (von unten). Klare Konfliktpositionierungen und Druck von unten geben einer Debatte erst ihr Profil. Ein klares Profil ist das Salz in der Suppe jeder Diskussion, gerade, wenn die sich als ergebnisoffen versteht und

"Ergebnisoffenheit" nicht verwechselt mit "schwammig": sozusagen nach allen Seiten offen.

Der Wahlantritt der WASG in Berlin führt dazu, dass die an den Gesprächen beteiligten Personen den notwendigen Druck erfahren zur Entwicklung inhaltlicher Positionierungen. Und Druck "von unten" brauchen wir wirklich nicht zu knapp. Denn wir befinden uns immer noch in einer Verhandlungssituation ohne klare Kriterien im Hinblick auf die inhaltliche Gestaltung eines Zusammengehens beider Parteien. Ohne meinungsbildenden Druck von unten können solche Kriterien substanziell nicht entwickelt werden. Das muss uns allen klar sein!

Es ist klar, warum konkret-inhaltliche Vorgaben Gespräche belasten. Zu viele Gesprächsteilnehmer scheuen Druck und neigen deshalb zu schwammigen Vorstellungen, um Gespräche sozusagen nach Gutsherrenart zu gestalten. Wir brauchen keine schwammigen Formulierungen, hehre Absichtserklärungen, große Worte als da u.a. sind: "wir haben eine Verantwortung vor der Geschichte". Solche Erklärungen sind wertlos, wenn sie nicht schwanger gehen mit konkret-politischen Inhalten, vor allem als Kriterium im Hinblick auf eine Regierungsbeteiligung. Hier vor allem darf es keine schwammigen Absichtserklärungen oder große Worte geben, was darauf hinausliefere, es dem tagespolitischen Geschäft von Koalitionsverhandlungen oder tagesaktuellen Stimmungslagen zu überlassen, was in der Politik gelten soll und was nicht gelten soll.

Wenn man Mitglieder des Bundesvorstandes so hört, bekommt man leicht den Eindruck, dass sie Vereinigungsgespräche nicht mit klaren Positionen belasten wollen. Konfliktpotentiale zwischen Linkspartei und WASG will man vorerst lieber unter den Teppich kehren. So auch die Konflikte, die in Berlin natürlich gerade durch die Regierungsbeteiligung der Linkspartei offen ausgebrochen sind und gerade für die Beteiligten vor Ort nicht unterm Deckel gehalten werden können. Zu viele begreifen sich öffnende Konfliktpotentiale leider nicht als Chance, Gespräche in der Substanz voranzutreiben und gefährden damit in der Substanz die Fusion beider Parteien zu einer vereinigten Linken. Einfach nur zusammen bringt nichts. Warum sollte man sich auf Inhaltliches nach der Vereinigung einigen, worauf man sich im Vorfeld der Vereinigung nicht einigen wollte oder konnte?

Berliner Verhältnisse

Persönliche Stellungnahme zur Absicht der WASG Berlin, in Berlin zur Landtagswahl in Konkurrenz zur Linkspartei Berlin anzutreten.

von Franz Witsch

Hamburg, 12.12.2005

Liebe Freunde und Freundinnen der WASG Hamburg,

die letzte im Internet veröffentlichte Erklärung des geschäftsführenden Landesvorstands Hamburg (gf.LV-HH) vom 30.11.2005, die vom gesamten LV-HH mehrheitlich getragen wird, verurteilt die Neigung der WASG Berlin, zu den Berliner Landtagswahlen in Konkurrenz zur Linkspartei Berlin anzutreten. Der Wortlaut der Erklärung des gf.LV-HH lautet wie folgt:

Liebe Parteimitglieder, viele von Euch werden die aktuellen Vorgänge um die WASG Berlin den Medien entnommen haben. Zum Hintergrund: Der Landesverband der WASG Berlin hat auf seinem Landesparteitag am vergangenen Wochenende beschlossen:

- Über die Form des Wahlantritts zu den Berliner Landtagswahlen bereits vor dem Bundesparteitag der WASG (Anfang März 2006) zu entscheiden.
- Das sog. Kooperationsabkommen III – Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess von WASG und Linkspartei.PDS – abzulehnen.

Diesem Schreiben ist ein Bericht des geschäftsführenden Landesvorstandes der WASG Berlin und eine Erklärung des Bundesvorstandes der WASG beigelegt.

Der Landesvorstand der WASG Hamburg knüpft mit seiner mehrheitlichen Auffassung an den einstimmigen Beschluss zum „Handlungsrahmen des zukünftigen Landesvorstandes der WASG“ (verabschiedet auf der Landesmitgliederversammlung der WASG Hamburg am 12.11.2005) an. Darin wird der Parteibildungsprozess, verbunden mit einer Zeitachse bis Mitte 2007 und präzise in terminierte Einzelschritte gegliedert, ausdrücklich unterstützt. Daran halten wir fest!

Das sog. Kooperationsabkommen III beschreibt diesen Prozess und wird als Antrag des Bundesvorstandes den Delegierten zum Länderrat am 3./4.12.2005 zur Abstimmung vorgelegt.

Der Landesvorstand der WASG Hamburg unterstützt den Antrag des Bundesvorstandes ausdrücklich und empfiehlt den Delegierten des Landesverbandes Hamburg zum Länderrat auf der Sitzung am 3./4.12.2005 den Antrag anzunehmen.

Wolf von Matzenau für den geschäftsführenden Landesvorstand

Diese Erklärung des gf.LV ist problematisch; denn sie mischt sich - einseitig gegen die WASG Berlin gerichtet - in die Angelegenheiten der WASG Berlin ein, indem sie Stellung bezieht gegen einen möglichen Beschluss auf einer Landesversammlung der WASG Berlin, bei den Berliner Landtagswahlen in Konkurrenz zur Linkspartei Berlin antreten zu wollen. Zu diesem Sachverhalt ist folgendes zu sagen:

Es muss für eine Partei - auch für die WASG, ob nun in Berlin oder anderswo - möglich sein, sich zur Wahl zu stellen. Denn noch gibt es zwei Parteien: Die WASG und die Linkspartei. Der Fusionsprozess ist beabsichtigt und nicht vollzogen, und er soll durch ergebnisoffene Gespräche erst noch herbeigeführt werden.

Eine Partei, die nicht (mehr) zu Wahlen antritt, existiert als “**politische** Partei” de facto nicht. Können wir als WASG-Mitglieder aber, aus welchen übergeordneten Gründen (Fraktionsstatus, öffentliche Meinung, etc.) auch immer, zu Wahlen nicht mehr antreten, dann können wir uns als WASG am besten gleich auflösen und in die Linkspartei eintreten. Wozu dann noch Gespräche? Oder wie unter solchen Bedingungen Gespräche ergebnisoffen gestalten? Es kann keine übergeordneten Gründe geben, die es der WASG verbieten, zu Wahlen anzutreten. Die Existenz einer Partei, so weit sie sich als existent versteht, geht über jeden sogenannten übergeordneten Grund. Diese lassen sich - bei Bedarf - immerzu konstruieren. Wir kennen das als “stalinistische Politik-Methode der Einschüchterung” aus sogenannten Kaderparteien. Also, tritt eine Partei zu Wahlen nicht an, bzw. ist sie in dieser Frage nicht autonom in ihrer Entscheidung, ob “ja oder nein”, so gibt es für sie keine Existenzberechtigung. Sie hat sich de facto aufgegeben und aufgelöst. Alles andere wäre verlogen, bestenfalls albern.

Ich bin immer für ein Zusammengehen unter Linken, gerade auch zwischen WASG und Linkspartei. Gespräche darüber, auch in Berlin, müssen und werden weitergehen. Sie dürfen nicht dadurch unmöglich oder abgebrochen werden, weil die WASG Berlin womöglich beschließt, in Konkurrenz zur Linkspartei zur Wahl anzutreten. Das ist ein ganz normaler demokratischer Vorgang, der nicht dazu führen darf, dass man nicht mehr miteinander spricht mit dem Ziel eines Zusammengehens.

**Demokraten haben normale demokratische Vorgänge auszuhalten!
Oder es sind keine Demokraten.**

Man kann auch nicht das rhetorische Argument gelten lassen, da seien persönliche Animositäten innerhalb der WASG Berlin im Spiel. Politische Auseinandersetzungen, in denen es substantiell um etwas geht, gehen meist einher mit persönlichen Verletzungen und Animositäten. Ja, womöglich sind diese sogar ganz unvermeidlich. Nur muss man als politisch denkender Mensch und als Partei darauf achten, dass sie immer wieder abgebaut werden, um den politischen Diskurs aufrechtzuerhalten. Ansonsten sind Ressentiments und Animositäten menschlich und normal - Bestandteil einer jeden substantiellen Kommunikation. Nicht dass es sie gibt, ist gefährlich; viel gefährlicher ist es, sie zu verleugnen und sie immerzu nur beim Kommunikationspartner auszumachen. Solche Verleugnungen blockieren kommunikative Prozesse in der Substanz.

Diese Erklärung bezieht weniger inhaltlich Stellung zu den Berliner Verhältnissen, obwohl es da wahrlich nicht wenig zu sagen gäbe, denn inhaltliche Positionierungen können nicht als Begründung herangezogen werden, von außen, sozusagen von oben herab, in demokratische Prozesse einzugreifen, es sei denn, inhaltliche Positionierungen stellen unverrückbare Gemeinsamkeiten in Frage. Das tut die WASG Berlin mit ihrem Ansinnen, in Berlin sich zur Wahl zu stellen, aber ausdrücklich nicht. Im Gegenteil, sie positioniert sich politisch in Opposition zu einer Berliner Regierungspolitik unter Beteiligung der Linkspartei, die sich dort als eine linke soziale Kraft nicht mehr zu erkennen gibt.

In einem Interview zum Ende des Dresdener Parteitages der Linkspartei verriet Gregor Gysi in seiner typisch eloquent-suggestiven Art nur wenig sozialpolitisches Profil. Auf die Frage, was er denn von der Politik seiner Partei in der Berliner rot-roten Koalition halte, die von vielen, insbesondere der WASG Berlin als unsozial eingestuft werde, antwortete er sinngemäß: da

müsse man seine Partei verstehen, Schuld sei der desaströse Berliner Haushalt; diesen hätte allein die Vorgängerregierung zu verantworten. Außerdem hätte sich die Bundesregierung geweigert, der Berliner Landesregierung finanziell unter die Arme zu greifen. Ganz abgesehen davon, dass in Deutschland die Reichen nicht angemessen besteuert würden.

Hier lässt sich eine ähnliche Argumentation ausmachen, wie wir sie von jeder neoliberalen Regierung kennen und in Zukunft nur noch hören werden. Der neoliberale Kern einer solchen Argumentation besteht darin, dass soziale Einschnitte wegen der prekären Haushaltslage unvermeidlich sind. Nur werden sich in absehbarer Zeit desaströse Haushalte unter den derzeit herrschenden Machtverhältnissen immer weniger vermeiden lassen. Sie dürfen deswegen nicht dafür herhalten, für unsoziale politische Maßnahmen zu stimmen, z.B. für den Verkauf von 60.000 stadteigenen Wohnungen an Privatinvestoren.

Wer solchen Maßnahmen seine Zustimmung gibt, bzw. öffentlich Verständnis dafür aufbringt, darf sich nicht wundern, wenn das eine oder andere soziale Trostpflaster immer weniger ernst genommen wird. Schon gar nicht, wenn diese Trostpflasterchen in der Öffentlichkeit schamlos als Politikwechsel verkauft werden, bzw. ein möglicher Politikwechsel dann nur noch als Zukunftsverheißung in Erscheinung tritt. Nun, für eine Politik bloßer Verheißung lässt man Gregor und Oskar immer wieder mal gern in die Kamera lächeln.

Franz Witsch, Mitglied der WASG in Hamburg-Altona

Assoziationen zum WASG-Bundesparteitag

vom 29./30. April 2006
aus einem offenen Brief an
Mitglieder der WASG und Linkspartei
von Franz Witsch,
Hamburg, 05.05.2006

**Es ist bitter, sich eingestehen zu müssen,
dass dem Oskar die mentale Qualifikation fehlt,
eine Partei konstruktiv in
antineoliberale Fahrwasser zu führen**

Um es gleich zu sagen, der Parteibildungsprozess sowohl innerhalb der WASG als auch derjenige von WASG und Linkspartei gemeinsam hinein in eine neue Partei - beides geht weiter. Ich werde mich ihm innerhalb der WASG und zusammen mit der Linkspartei nicht verweigern. Das schließt nicht aus, das, was bisher vor allem auf dem WASG-Bundesparteitag zum Ausdruck kam, mit kritischen, vor allem mit klaren Worten zu bewerten.

Von Anfang an, als es mit Berlin so richtig losging, war ich dafür, das Problem eines eigenständigen Antritts der WASG-Berlin zur Berliner Landtagswahl im September niedriger zu hängen. Bernhard Müller kann davon ein Lied singen. Denn ich habe ihn mit meiner Meinung unentwegt genervt.

Man muss nicht für einen eigenständigen Antritt plädieren, ja man ist sogar verpflichtet, diesbezüglich, gerade von Seiten der Mitglieder des WASG-Bundesvorstandes, seine Meinung klar und deutlich zu sagen, sei es nun im Sinne eines eigenständigen Antritts oder dagegen. Nur tief halten sollte man das Problem. Und sich dabei vor allem von Seiten der Linkspartei nicht unter Druck setzen lassen.

Wie wir alle wissen, wurde das Problem gerade von Seiten unseres Bundesvorstandes alles andere als tief gehängt, mit all den negativen Folgen, die unsere beiden Bundesvorstandmitglieder Bischoff (HH) und Radke (SH) nunmehr in einem Strategiepapier beklagen. Gleichwohl von den beiden anfangs zu hören war, dass Berlin eine Katastrophe sei. So nach dem Motto: erst Feuer fleißig anfachen, um sich dann als Feuerwehr zu profilieren.

Diese ihre Funktion mögen die beiden nicht bewusst beabsichtigt haben. Tatsache ist, dass sie, einschließlich unseres WASG-Landessprecher Berno, gut gemeinte Mahnungen nicht hören wollten. Stattdessen bekam man als Mahner zu hören: "du betreibst in Wirklichkeit das Geschäft sektiererischer Antifusionisten". Sie reagierten unentwegt allergisch, ja reflexartig auf Ratschläge, die Berliner auf keinen Fall im Regen stehen zu lassen; sie vielmehr als Kinder eines gemeinsamen Prozesses zu akzeptieren, ihr Engagement zu würdigen, natürlich ohne dabei die eigene Meinung zu verhehlen. Denn um eigene Kinder zu akzeptieren, muss man nicht ihrer Meinung sein. Aber man muss sie ihre Erfahrungen auch selbst machen lassen.

Ich weiß, das Bild hinkt ganz schön. Schließlich ist Berlin-Rebellin Lucy Redler mit ihren 26 Jahren kein kleines Kind mehr; aber sie ist eine engagierte Frau, von denen die Partei mehr bräuchte, natürlich auch jüngere Männer. Wir als ganz alte Knochen sind verpflichtet, das Engagement, das in unsere Partei strömt, in die Partei hineinzuführen, mit Rat und Tat, nicht mit autoritären Manierismen von oben zu neutralisieren. Wir geben so ein ganz schlechtes Beispiel ab, wie man besser miteinander nicht umgeht.

Wir müssen uns in die Realität von Menschen hineinversetzen, die jünger oder anders sind, andere Erfahrungen gemacht haben oder gerade machen. Wir dürfen unterschiedliche Ansätze, Realität zu sehen oder mit ihr umzugehen, nicht gleichschalten. Das Ergebnis wäre fatal, um nicht zu sagen: sektiererisch. Das Sektierertum wird von oben nach unten durchgereicht. Lafontaine und Gysi haben da einschlägige Erfahrungen, auch wenn sie unentwegt damit kokettieren, dass es gar nicht auf Personen ankommt. Auf Parteitagern wie diesen hier beweisen sie unentwegt das Gegenteil, dass es sehr wohl auf sie ankommt.

Ich habe aus Lafontaines Rede mit keinem Wort heraushören können, dass er das Engagement einer Lucy Redler zu würdigen versteht, geschweige denn, dass er sich vorher mit ihr an einen Tisch gesetzt hätte – einfach um sie kennen zu lernen, nicht um sie zu überzeugen. Man darf den Eigensinn engagierter Menschen nicht unterschätzen. Ich weiß wovon ich rede. Ich selbst spüre Eigensinn in mir. Das schließt das Finden von Gemeinsamkeiten nicht aus.

Wir werden Menschen mit Eigensinn brauchen. Er stärkt die Widerstandskräfte gegen Unrecht aller Art. Ich hätte Lucy gern kennen lernen wollen. Natürlich hätte ich ihr auch klar gesagt, was ich denke. Aber ich hätte sie – und damit indirekt mich selbst – nicht vernichten wollen in ihrer politischen Existenz. Das ist mit diesem Parteitag unter Oskars Regie geschehen.

Oskar wird mit seiner Art nicht weit kommen. Er schafft mit seiner Art automatisch das, woran er zum Schluss in der SPD an Schröder gescheitert ist: einen Wahlverein für einen Erfolg, von dem er sich am Ende bescheiden lassen will. Ja, ja, das Lebenswerk wird im Alter immer wichtiger, dazu auch ein Scheitern gehört wegen viel Feind, darin am Ende in melancholischer Besinnung sich schwelgen lässt. Die Welt ist schlecht, aber es war auch vieles gut in ihr, z.B. ich. Eine Mentalität, von der ich dachte, sie wäre nur bei anderen Parteien anzutreffen, z.B. als Träne beim Zapfenstreich bei Gerhard Schröders Abschied von der Politik. Ekelhaft.

Ich dachte tatsächlich, insbesondere kurz nach seinem Rücktritt als SPD-Vorsitzender, dass Oskar eine grundsätzlich andere Mentalität besitzt als Schröder. Ich habe mich getäuscht. Es ist bitter, eingestehen zu müssen, dass dem Oskar die mentale Qualifikation fehlt, eine Partei konstruktiv in antineoliberale Fahrwasser zu führen.

Einen Rat möchte ich an die Berliner WASG senden: Sie sollte die Wahlanzeige zurückziehen; sie würde sich mit einem eigenständigen Antritt ins Unrecht setzen, und Leute wie Ernst oder Lafontaine nachträglich ins Recht setzen (seht her, sie sind gescheitert und wir mit ihnen!). Am Ende lernt keiner dazu. Und, liebe FreundeInnen, so wichtig ist ein eigenständiger Antritt in Berlin auch wieder nicht, nur um am Ende selbst verbrannt dazustehen.

Merkwürdig, wie die Öffentlichkeit z.Z. die WASG-Berlin ermutigt doch anzutreten (vorher gab es "gut gemeinte" juristische Bedenken), wie laut "Tagesspiegel" Berlins Wahlleiter Andreas Schmidt von Puskás Sanktionen der Bundespartei gegen die Berliner WASG für nicht durchsetzbar hält; ja, dass er als Wahlleiter sogar mit einem "wahren" Satz Stimmung für einen eigenständigen Antritt macht: Das Vorgehen gegen den rebellischen Landesverband zeige eine "vordemokratische Denkweise". Damit ist der Feind für die Berliner ausgemacht. Auf ihn mit Gebrüll.

**Liebe Berliner, überrascht einmal die Öffentlichkeit,
indem ihr euch dem Gebrüll eigensinnig verweigert**

Analog zur gutmeinend heuchelnden Öffentlichkeit funktionierte es auf dem WASG-Parteitag - in stalinistischer Tradition - wie folgt: zunächst galt es für Oskar, mit einer fulminanten Rede die Gruppen oder Grüppchen auf seine Seite zu locken, einen Sog zu erzeugen, um die widerspenstigen Grüppchen danach einzeln abzuschlachten, einschließlich die gemäßigte Gruppe um Joachim Bischoff und Björn Radke. Ja, sogar Rebell Egbert Scheunemann soll bei der Rede von Lafontaine geklatscht haben, dem Sog erlegen sein. Ein Gerücht, das man mir zutrug, von dem ich nicht weiß, ob es stimmt. Wundern würde es mich nicht. Mir wäre nur alles im Halse stecken geblieben. Man hätte wissen müssen, dass am Ende Blut fließen würde, und dass Oskar, trotz oder gerade mit Hilfe seiner antineoliberaler Sätze, dabei einen guten Obermetzger abgibt.

Vielleicht ist es ja eine Mentalitätsfrage, Blut, noch bevor es fließt, zu riechen, um es dann aber auf keinen Fall durch Klatschen zu würdigen, wurden hier nach gut stalinistischer Methode richtige politische Positionen doch dazu missbraucht, Menschen auszugrenzen. Methoden der Ausgrenzung sind das Schlimmste, was unserer neuen Partei, die auf selbstbewusstes Engagement angewiesen sein wird, passieren kann. Wir wollen keinen Wahlverein von Kliqueuren, für wen auch immer. Das können die alten Parteien besser. Genau das spürt der so genannte einfache Bürger. Das Schlimme: dieses Wissen hat der Bürger allen linken Polithasen voraus. Instinktiv. Nur dass unsere Hasen von solchen Instinkten nichts wissen wollen. Die halten nur den Bürger für aufklärungsbedürftig.